

AUS DEM NORDEN

Wanderweg wird eröffnet



Holzminen: Der 225 Kilometer lange Weserbergland-Weg wird am Sonntag in Holzminen offiziell eröffnet. Der Fernwanderweg erstreckt sich von der Porta Westfalica nach Hann.Münden. Nach mehrjähriger Vorbereitung wurden vorhandene Wanderwege entlang der Weser miteinander verbunden und zum Teil auf naturnähere Abschnitte verlegt. Das Projekt hat rund 1,5 Millionen Euro gekostet. Bereits vor der Eröffnung hatte die Route das Gütesiegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ erhalten. In

Einladung an Grünland-Chefin

Hannover: Verfassungsschutzpräsident Hans-Werner Wargel hat die Grünen-Vorsitzende Anja Piel und ihren Vorstand in seine Behörde eingeladen. Anlass ist die Aussage Piel auf dem Parteitag, beim Verfassungsschutz handele es sich um einen „Scheißhaufen“. Später nahm sie das zurück. „Eine solche Missachtung anderer Menschen und ihrer Arbeit beruht oft auf Unkenntnis und Vorurteilen“, schreibt Wargel an Piel. Die Ausdrucksweise der Grünen-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl sei „eine Frage von Stil, Anstand und Respekt“.

Meyer Werft erhält Aufträge

Papenburg: Die Meyer Werft im Emsland soll ein weiteres Kreuzfahrtschiff für die US-amerikanische Reederei Norwegian Cruise Line (NCL) bauen. Auslieferungstermin ist im Oktober 2015, wie die Werft am Donnerstag mitteilte. Die Vereinbarung enthält die Option für einen weiteren Neubau mit Fertigstellungstermin im Frühjahr 2017. Der Auftragswert liegt den Angaben zufolge bei 700 Millionen Euro. Der Neubau mit dem Projektnamen „Breakaway Plus“ soll Platz für 4200 Passagiere bieten. Die Werft arbeitet aktuell bereits an zwei Neubauten für NCL. dapd

Horst erweitert sein Revier

Duderstadt: „Knöllchen-Horst“ hat sein Revier erweitert. Der Falschparker-Jäger sei jetzt auch in der niedersächsischen Region Eichsfeld aktiv, sagte ein Sprecher des Landkreises Göttingen am Donnerstag. Es lägen Anzeigen aus Orten der Samtgemeinde Gieboldehausen vor. Auch bei der Stadt Duderstadt sind Falschparker-Anzeigen von „Knöllchen-Horst“ eingegangen. „Knöllchen-Horst“, ein Frührentner aus Osterode am Harz, hat in den vergangenen Jahren bis zu 20.000 Falschparker bei den Ordnungshütern angeschwärzt. In

Motorradfahrer überrollt

Peine: Auf der B65 in Mehrum (Landkreis Peine) ist am Donnerstag ein Motorradfahrer ums Leben gekommen. Nach ersten Erkenntnissen der Polizei wollte der Mann gegen 19 Uhr ein vorausfahrendes Auto überholen. Dabei touchierte er das Fahrzeug, geriet ins Schleudern und fiel auf die Gegenfahrbahn. Eine entgegenkommende Autofahrerin konnte nicht mehr ausweichen und überrollte den Mann mit ihrem Wagen. Der Motorradfahrer starb noch an der Unfallstelle. vmd

Weniger Autos gestohlen

Hannover: Die Autodiebstähle in Niedersachsen sind im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. 2011 wurden 9,2 Prozent weniger kaskoversicherte Fahrzeuge als im Vorjahr entwendet, teilte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft am Donnerstag mit. In einigen Städten war der Rückgang noch höher: Im Regierungsbezirk Braunschweig sank die Zahl um 27,8 Prozent im Vergleich zu 2010, in Hannover waren es 12,1 Prozent weniger. Vor allem in den Städten wurden weniger Autos gestohlen. Auch die Zahl der entwendeten Neufahrzeuge ist rückläufig. Am häufigsten griffen die Langfinger bei zwei BMW-Modellen und einem Toyota zu. In

Luzifer fällt dem Bösen zum Opfer



„hängt im Partykeller“: Pfarrer Langkamp vor dem Gemälde. dpa
 Salzbergen: Die Kirchengemeinde ist empört. Ihr Zorn richtet sich auf unbekannte Täter, die in der St.-Cyrillus-Kirche im emsländischen Salzbergen den Teufel aus einem Bild des Kirchenpatrons herausgeschnitten haben – ganz sauber mit einem Teppichmesser. „Der hängt jetzt bestimmt in einem Partykeller“, glaubt Pfarrer Michael Langkamp. Das aus den fünfziger Jahren stammende Ölgemälde zeigt den Heiligen Sankt Cyrillus. In der Hand hält er eine Kette, in die der Teufel in Gestalt eines kleinen Drachens gelegt ist. Doch dieser kleine Drache fehlt nun. Nach Bekanntwerden des Frevels versammelten sich rund 80 Kinder in der Kirche, auf ihren Plakaten war zu lesen: „Wir wollen unseren Drachen wieder“. Die Polizei tappt bei der Suche nach dem Teufel noch im Dunkeln. In

Mauschelei bei Stadtwerken Wolfsburg

Neuer Verdacht: Prokurist soll Aufträge einer Braunschweiger Firma zugeschustert haben

VON GERRIT PFENNING UND ULRICH FRANKE

Wolfsburg. Die Stadtwerke-Affäre in Wolfsburg weitet sich aus. Am Donnerstag haben Staatsanwaltschaft und Polizei fünf Gebäude in Wolfsburg, Braunschweig und Hannover durchsucht. 20 Beamte waren dazu im Einsatz. Es geht um den Vorwurf der Untreue, und im Zentrum der Aufmerksamkeit steht der Prokurist der Stadtwerke, Marc A. Dem Prokuristen wird vorgeworfen, als Geschäftsführer der Wolfsburger Schulmodernisierungsgesellschaft (WSM) Aufträge zur Projektentwicklung direkt einer Braunschweiger Firma zugeschustert zu haben – ohne die ei-

gentlich notwendige öffentliche Ausschreibung. Durchsucht wurden sowohl das Büro von A. als auch die Geschäftsräume der Braunschweiger Firma. Auch seine Wohnung in Hannover ist das Ziel der Ermittler gewesen. Im Wolfsburger Rathaus, wo der Manager früher tätig war, seien Mitarbeiter befragt worden, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Die Polizei hatte einen Durchsuchungsbefehl für das Rathaus dabei, doch die Stadtverwaltung hängte die angeforderten Unterlagen freiwillig aus. „Selbstverständlich unterstützen wir die Staatsanwaltschaft und Polizei in ihren Ermittlungen“, erklärte Oberbürgermeister Klaus Mohrs (SPD). Die WSM ist eine hundertprozentige

Tochter der Stadtwerke. Sie kauft Schulen, saniert diese, vermietet sie zurück an die Stadt und investiert für die Instandhaltung. Zu dem Zeitpunkt der angelegten Mauschelei um die Aufträge war Klaus Mohrs, der heutige Oberbürgermeister, zweiter Geschäftsführer der WSM neben A. Die Staatsanwaltschaft teilt aber mit, dass der heutige Oberbürgermeister „ausdrücklich unverdächtig“ sei. Birgit Seel von der Staatsanwaltschaft erklärte, es sei bei den Durchsuchungen umfangreiches Aktenmaterial sichergestellt worden, zudem mehrere Computerdateien. Der Stadtwerke-Prokurist, der früher als Finanzfachmann an der Seite des ehemaligen Oberbürgermeisters Rolf

Schnellecke (CDU) tätig war, gilt in Wolfsburg seit Langem als Schlüsselfigur für brisante Finanzgeschäfte der Stadt. 2007 hatte er Wolfsburg aus einer Notsituation befreit, als eine Gewerbesteuerückzahlung an VW geleistet werden musste. Damals riet er den Stadt-oberen zur Gründung eines Schattenhaushalts. Auch eine andere Gesellschaft wurde gegründet, mit der die städtischen Einnahmen aus der Stadtwerke-Beteiligung an ein Tochterunternehmen für Parkhäuser und Tiefgaragen geleitet werden sollte. Die Stadtwerke-Affäre drehte sich 2010 um den Vorwurf einer Wahlkampfhilfe für die CDU. Es war unter anderem A., der die Affäre ins Rollen brachte.

FDP will Schulden noch 2012 kappen

Nächste Regierung soll weniger Rücklagen haben

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Die FDP will eilig noch bis Jahresende einen Nachtragshaushalt im Landtag beschließen lassen – mit dem Ziel, der nächsten Landesregierung im kommenden Jahr die Spielräume bei der Kreditaufnahme einzuschränken. „Das ist eine Frage der Haltung“, sagte der FDP-Landesvorsitzende Stefan Birkner am Donnerstag. Aus der CDU gibt es Signale, die Forderung nach einer gründlichen Prüfung unterstützen zu wollen. Die FDP möchte, dass das Land in diesem Jahr maximal 525 Millionen Euro an neuen Krediten aufnehmen kann – anstelle von 1,225 Milliarden Euro, wie derzeit im Haushaltsplan erlaubt ist.

Birkner sagte, das Land nehme dieses Jahr 700 Millionen Euro mehr an Steuern ein als bisher geplant. Also brauche Minister Hartmut Möllring auch 700 Millionen Euro weniger an Krediten. Nach den bisherigen Regeln können nicht ausgeschöpfte Neuverschuldungsrechte auf die Folgejahre übertragen werden. Der Staatsgerichtshof hat diese Praxis zwar vor wenigen Monaten grundsätzlich untersagt, aber den Doppelhaushalt 2012/2013 davon ausgenommen. Bis Ende 2013 gilt also noch die alte Praxis.

Wenn es bei dem bisherigen Landeshaushalt bliebe, hätte die neue Landesregierung nach Amtsantritt ab Februar die Chance, ohne besondere Beschlüsse neben der für 2013 erlaubten Kreditaufnahme von bis zu 970 Millionen Euro weitere 700 Millionen Euro aus der für 2012 gestatteten Neuverschuldung zu nutzen. Nach Birkners Worten soll dies vermieden werden: „Wenn man 2013 mehr neue Kredite benötigt als bisher im Haushalt vorgesehen, muss man das dann sagen und einen Nachtragsetat beschließen. Tatsache ist heute, dass wir 2012 erheblich weniger neue Kredite brauchen. Deshalb schlagen wir die Verringerung der Kreditaufnahme über einen Nachtragshaushaltsplan vor.“

Nachdrücklich widersprach Birkner dem Eindruck, die FDP wolle mit ihrem Schritt eine möglichen rot-grünen Regierung nach der Landtagswahl in drei Monaten den Geldhahn drosseln. „Wir gehen davon aus, weiterhin Regierungsverantwortung zu haben“, betonte der FDP-Vorsitzende und fügte hinzu: „Wir zeigen mit diesem Vorstoß, dass wir es mit der Konsolidierung der Landesfinanzen ernst meinen.“ Das erklärte er, obwohl es Anzeichen für eine Konjunkturerholung im kommenden Jahr gibt.

Celler OB klagt gegen Rat und Minister

Celle (mbb). Celles Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) will jetzt vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg klagen. Mende streitet sich mit der Ratsmehrheit darüber, wer bei grundsätzlichen Organisationsfragen letztlich das Sagen im Rathaus hat. Der von einer Mehrheit von CDU, FDP und einer Wählergemeinschaft dominierte Rat hat Mende bei einem internen Verwaltungsaufbau kräftig in die Speichen geiffen – und ist dabei von der Kommunalrechtskommission im Innenministerium unterstützt worden. Mende wirft dem CDU-geführten Ministerium „Parteilichkeit“ vor.

Im Kern geht es um die Frage, ob der Oberbürgermeister im Zuge der Umstrukturierung auch die Wirtschaftsförderung unter seine Fittiche nehmen dürfte. Das Innenministerium bestritt zwar nicht, dass die Organisationshoheit beim Oberbürgermeister liege, beanstandete aber entgegenlaufende Beschlüsse des Rates keineswegs. Als Anwalt hat sich Oberbürgermeister Mende jetzt seinen CDU-Vorgänger im Amt genommen, Martin Biermann. „Der hat das Mandat mit Freude angenommen“, berichtet Mende. Biermann, der auch langjähriger Präsident des Städtetags war, schied im Clinch mit der CDU aus dem Rathaus aus.



Das Buch macht Schule

Im Braunschweiger Georg-Eckert-Institut werden Unterrichtswerke aus aller Herren Länder gesammelt

VON SASKIA DÖHNER

Braunschweig. Beide Frauen sind Mütter. Aber ihre Rolle ist ganz unterschiedlich. Die eine – im schicken Hosenanzug – bringt ihr Kind zur Krippe, küsst es zum Abschied und eilt zur Arbeit ins Büro. Die andere steht mittags am Herd, rührt im Kochtopf und empfängt ihren Sohn, der gerade von der Schule kommt, mit offenen Armen. Beides sind Bilder in deutschen Fibeln aus den fünfziger Jahren. In der DDR galt die arbeitende Mutter als Vorbild, in der Bundesrepublik war es die Hausfrau, die für ihre Familie sorgt. Die Idealbilder spiegeln sich in den Schulbüchern von damals wider.



Zwei Ansichten, ein Buch: Ein palästinensisch-israelisches Gemeinschaftswerk.

Mit Schulbüchern wird gern Politik gemacht. Sie zeigen die Realität, aber häufig auch die Welt, wie sie sein soll. Schulbücher können Feindbilder bedienen, sie können aber auch helfen, ebensolche abzubauen. Das hat Georg Eckert schon vor 60 Jahren erkannt. Der Historiker und Ethnologe, der ab 1946 an der späteren Pädagogischen Hochschule Braunschweig Lehrer unterrichtete, warb für ein demokratisches Geschichtsbild. Die Schüler sollten über historische Aufklärung zu einer möglichst unabhängigen Meinungsbildung befähigt werden. Was Ideologie im Unterricht anrichten konnte, hatte der überzeugte Sozialdemokrat im Nationalsozialismus erfahren.

Völkerverständigung und Friedenserziehung sind bis heute die Hauptziele der Wissenschaftler des 1975 gegründeten Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung. Sie haben palästinensische und israelische Autoren für ein gemeinsames Geschichtsbuch an einen Tisch gebracht und bei der Herausgabe eines deutsch-französischen Werkes geholfen. Auf anderthalb Jahre ist eine neue Studie angelegt, die den Umgang mit dem Holocaust im Unterricht erforscht. Dazu müssen Lehrpläne aus 195 Ländern auswertet und 20 Schulbücher miteinander

verglichen werden. Die Studie, die das Georg-Eckert-Institut zusammen mit der Unesco macht, sei auch eine wichtige Grundlage für Länder, in denen die Judenvernichtung bislang überhaupt kein Thema sei, sagt Institutsprecherin Regina Peper. Das ideale Lehrbuch für alle werde es nie geben, sagt sie, weil in jedem Land andere Anforderungen zählten. Die einen betrachteten Geschichte von der Chronologie her, die anderen arbeiteten themenorientiert. In Deutschland gibt es sogar für die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Ausgaben.

Das Institut beherbergt eine einzigartige Sammlung von Schulbüchern aus den vergangenen drei Jahrhunderten. Die Bibliothek in der weißen, herrschaftlichen Gründerzeitvilla am Rande von Braunschweig und den beiden Außenstelle umfasst insgesamt 150.000 Bände, vor allem für die Fächer Geschichte, Geografie, Deutsch, Politik und Gesellschaftskunde. Kein Wunder, dass immer wieder ausländische Forscher nach Braunschweig kommen, um in den Büchern zu stöbern. Wie die spanische Postdoktorandin Kira Mohamada, die für zwei Wochen hier arbeitet.

Ob ein farbenprächtiges Lesebuch aus Japan oder ein vor Nationalstolz sprühendes Geschichtsbuch aus den USA – der Blick in die Bücher aus aller Herren Länder zeigt, dass Politik immer noch Schulbücher prägt. Und das nicht nur in Diktaturen. Darüber und über die Thesen des vor 100 Jahren geborenen Georg Eckert diskutieren ab heute zwei Tage lang rund 100 Wissenschaftler in Braunschweig bei einer internationalen Konferenz. In mehreren Foren wird Eckerts Rolle als Mittler zwischen den Nationen beleuchtet. Auf einem Podium sitzen Zeitzeugen, die Eckert, gestorben 1974, noch persönlich gekannt haben, wie der frühere Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) und der Göttinger Historiker Prof. Rudolf von Thadden.

Nicht ohne Nationalstolz und Wappentier: US-Geschichte. Das Buch zeigt eine amerikanische Eule auf dem Titel „The American Nation“.

Die SPD hat nach drei Jahren Arbeit im Untersuchungsausschuss als letzte aller Fraktionen ihren Bericht zur Asse vorgelegt. Das marode, früher zur Salzgewinnung ausgeschaltete Bergwerk hätte niemals zur Lagerung von Atommüll genutzt werden dürfen – wenigstens an diesem Punkt waren sich alle Fraktionen einig, die sich am Donnerstag zur letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses im Landtag trafen. Die SPD begründete ihre Forderung, Atommüll nicht mehr in Salzstöcken zu lagern, mit den Wassereinbrüchen in der Asse. Denn auch Gorleben sei nicht völlig gegen Wasserzuzufüsse immun.



Völkerverständigung: Die Spanierin Kira Mohamada forscht in Braunschweig. Anastassakis (3)

SPD fordert Kehrtwende bei Endlagersuche

Asse-Untersuchungsausschuss beendet seine Arbeit / Alle sind sich einig: Der Müll muss raus

VON MICHAEL B. BERGER

Hannover. Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine völlige Kehrtwende bei der Suche nach einem geeigneten Atom-Endlager. „Das Beispiel der Asse zeigt, dass man Atommüll nicht in Salz lagern sollte“, sagte der stellvertretende SPD-Land-

tagsfraktionsvorsitzende Detlef Tanke, als er den Abschlussbericht seiner Fraktion zum Thema Asse vorlegte. „Wir müssen uns generell von der tiefeingeleierten Lagerung verabschieden, der Atommüll muss rückholbar sein – auch dies ist eine Lehre aus der Asse“, sagte Tanke.

Die SPD hat nach drei Jahren Arbeit im Untersuchungsausschuss als letzte aller Fraktionen ihren Bericht zur Asse vorgelegt. Das marode, früher zur Salzgewinnung ausgeschaltete Bergwerk hätte niemals zur Lagerung von Atommüll genutzt werden dürfen – wenigstens an diesem Punkt waren sich alle Fraktionen einig, die sich am Donnerstag zur letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses im Landtag trafen. Die SPD begründete ihre Forderung, Atommüll nicht mehr in Salzstöcken zu lagern, mit den Wassereinbrüchen in der Asse. Denn auch Gorleben sei nicht völlig gegen Wasserzuzufüsse immun.

Auch der Asse-Fachmann der Linken, Kurt Herzog, hält Salz als Lagerstätte für Atommüll für ungeeignet. Der Grüne Stefan Wenzel sieht es ähnlich, drückte sich aber etwas vorsichtiger aus. Das Dogma, dass Salz den großen Vorteil biete, alle Risse und Klüfte zu verschließen, habe sich jedenfalls als falsch erwiesen.

Bei CDU und FDP-Fachleuten stieß die neue SPD-Forderung, sich jetzt ganz von Salz als möglichem Lagermedium zu verabschieden, auf Erstaunen. „Die Asse ist doch nicht am Salz gescheitert“, meinte der CDU-Abgeordnete Martin Bäumer: „Die Asse unterscheidet sich diametral von Gorleben. Bei der Asse handelt es sich um ein kaputttes, ausgeschlachtetes Salzbergwerk, in das man alle die Dinge gesteckt hat, die uns jetzt Probleme machen.“ Gorleben ist in Bäumers Augen

Opposition will nicht mit Altmaier reden

VON KAI KOLLEBERG

Berlin. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat sich von seinem Vorstoß viel versprochen. Doch der neueste Entwurf für ein Endlagersuchgesetz stößt bei der Opposition auf keine Gegenliebe. Sowohl Sozialdemokraten als auch Grüne wollen die Gespräche auf Spitzenebene nicht wieder aufnehmen. „Auf dieser Basis sind wir nicht einigungsfähig“, sagte SPD-Vorsitzender Sigmund Gabriel. Auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin kritisierte Altmaiers Papier: „In den zentralen Streitpunkten bietet der Entwurf die alten Vorschläge“, sagte er.

Die größten Differenzen gibt es immer noch bei der geplanten Behördenstruktur. Altmaier möchte wie sein Amtsvorgänger Norbert Röttgen (CDU) ein Bundesamt für kerntechnische Sicherheit ins Leben rufen. Dem Amt soll ein unabhängiges Institut angegliedert sein, das die Kriterien für die Endlagersuche ermittelt. Kurzum: Das Institut bestimmt, welche Orte in der Bundesrepublik für ein Endlager in Frage kommen. Die SPD hält dies für einen Trick. Das Umweltministerium könne immer argumentieren, dass es nicht selbst

über einen potenziellen Standort entschieden habe, sondern das Institut, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch. Dabei übe die Regierung mit der Besetzung der Institutslieferung gravierenden Einfluss aus. Die Opposition befürchtet, dass im schlimmsten Fall eine Person die Leitung übernimmt, die den Standort Gorleben als Endlager vorzieht. „Es herrscht einfach ein Ungleichgewicht zwischen dem neuen Institut und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)“, sagte Sylvia Kotting-Uhl, atompolitische Sprecherin der Grünen – zulasten des BfS.



Salz für Endlagerung ungeeignet: Detlef Tanke, SPD-Obmann im Asse-Ausschuss. dapd